

Heuer, Hellmut

Article — Digitized Version

Das System der Betriebsrechnung in der Ostzone

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heuer, Hellmut (1956) : Das System der Betriebsrechnung in der Ostzone, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 1, pp. 35-38

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132218>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Basis polnischer Kohle arbeitet, hat erhebliche Bedeutung. Die Rohstahlerzeugung hat sich mit rd. 2 Mill. t nahezu verdoppelt, und ihr Anteil an der gesamtdeutschen Erzeugung ist von rd. 7,7 % auf 11,3 % gestiegen, vermag jedoch ebenfalls den Bedarf nicht voll zu decken.

Beachtlich gestiegen ist die Erzeugung der metallverarbeitenden Industrien, wobei in der Maschinenindustrie der Bau schwerer Maschinen den stärksten Anteil hat. Für den eigenen Aufbau sowohl der Walzwerke wie der Kraftwerksanlagen werden nach erheblichen Anfangsschwierigkeiten bereits einwandfreie Ausrüstungen geliefert. Neu geschaffen wurden ferner bedeutende Werftanlagen in Rostock und Wismar, die sich beim Bau von Fischereifahrzeugen und auch bei Schiffsreparaturen als leistungsfähig erwiesen haben, wogegen der Bau größerer Schiffseinheiten offenbar noch Schwierigkeiten macht.

In den für Mitteleuropa traditionellen Zweigen des Maschinenbaus scheint die frühere Leistungsfähigkeit mit Ausnahme des Automobilbaus in gewissen Grenzen wiederhergestellt zu sein. Geklagt wird über Materialengpässe — Buntmetalle, aber auch Edelmetalle; auch entsprechen die hergestellten Modelle oft nicht den in der westlichen Welt gemachten technischen Fortschritten. Immerhin ist die Maschinenindustrie einschließlich der Elektroindustrie und der feinmechanischen und optischen Industrie mit hohem Exportanteil der Hauptdevisenbringer und mit der Lieferung kompletter Fabrikanlagen ein beachtlicher Faktor für die Industrialisierung im Ostblock. Nach Einführung des neuen Kurses sind allerdings gewisse Stockungen eingetreten. Auch scheint es nicht gelungen zu sein, alle Lieferungen, die früher auf Reparationskonto an die Sowjetunion gingen und die diese nicht gegen Bezahlung abzunehmen bereit war, auf anderen Märkten unterzubringen. Die Ausfälle an Devisen erschwerten dann die Rohstoffimporte und ließen den Erfolg des sowjetischen Reparationsverzichts nicht voll wirksam werden.

Seit 1954 hat sich die Produktionsausweitung der Industrie wesentlich verlangsamt, wozu neben den genannten Umständen der Facharbeitermangel sowie die Tatsache beitrug, daß sich manche der früheren Maßnahmen wie die Einführung der Sieben-Tageweche, die Ausdehnung der Laufzeiten bei den Kraftwerksaggregaten, u. a. nicht wiederholen lassen. Auch werden immer größere Teile alter Anlagen überholungsbedürftig, und Reparaturausgaben beschränken die Mittel für Neuinvestitionen.

Im Jahre 1954 soll sich die Gesamtproduktion mit einer leichten Akzentverschiebung zu den Konsumgütern noch um 10 % erhöht haben, für 1955 ist das Soll auf nur noch 5 % angesetzt worden. Der niedrige Satz wird, anders als oben dargestellt, damit begründet, daß nach der bisherigen schnellen Expansion nunmehr eine Überprüfung aller laufenden Produktion in wissenschaftlich-technischer Hinsicht erfolgen müsse und insbesondere eine Abstimmung mit den Ländern des Ostblocks zur Koordinierung des neuen Fünfjahresplans erforderlich sei, es sich also gewissermaßen um eine „schöpferische Pause“ handelt.

Gegenüber der relativ günstigen Entwicklung in der Industrie — der Index auf Basis von 1936 beträgt immerhin über 80 % des entsprechenden Anstiegs in der Bundesrepublik, wenn auch die Produktion qualitätsmäßig nicht in allem gleichwertig ist — hat sich die landwirtschaftliche Erzeugung bei Feldfrüchten kaum erhöht; der Viehbestand ist zwar höher, der Ertrag pro Stück jedoch infolge schlechter Futterverhältnisse kaum verbessert. Trotz der ungünstigen landwirtschaftlichen Produktionsergebnisse wurde, zum Teil auf Grund des sowjetischen Reparationsverzichts, der Lebensstandard der Bevölkerung aber durch Lohn-erhöhungen und Preis- und Steuersenkungen nicht unbedeutend verbessert. Im Durchschnitt stehen der Bevölkerung im Vergleich zum Verbrauch in der Bundesrepublik allerdings pro Kopf kaum 80 % der Lebensmittel und sonstigen Konsumgüter zur Verfügung, und diese außerdem vielfach in geringerer Qualität.

Das System der Betriebsrechnung in der Ostzone

Hellmut Heuer, Berlin

Betriebliches Rechnungswesen ist niemals als Selbstzweck, sondern immer nur als Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele anzusehen. Die Funktionen, die es erfüllen soll, stehen dabei unter anderem in Abhängigkeit von der wirtschaftsrechtlichen Stellung des Betriebes innerhalb der Wirtschaftsordnung. Die Sinnggebung für das Rechenwerk unterscheidet sich, je nachdem ob verkehrswirtschaftliche Elemente oder solche der Zentralverwaltungswirtschaft vorherrschen. Hält man sich diesen Sachverhalt vor Augen, so wird offenbar, warum mit der verschiedenartigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands seit 1945 zwangsläufig eine Auseinanderentwicklung der betrieblichen Abrechnung im grundsätzlichen und formellen einherging.

Bei einer Behandlung der in den Betrieben der sowjetischen Zone auf diesem Gebiet eingetretenen Veränderungen müssen wir hinsichtlich des Ausmaßes der Umgestaltung den privaten und den vergesellschafteten Sektor der Wirtschaft auseinanderhalten. Zu letzterem gehören neben den volkseigenen Betrieben, die heute z. B. ungefähr 85 % der Industrieproduktion erzeugen, verschiedene Arten von Genossenschaften. Ihr Rechnungswesen weist einige weniger ins Gewicht fallende Besonderheiten auf, die bei einer Erörterung der Grundzüge im einzelnen unerwähnt bleiben können, ebenso wie die folgenden Ausführungen beispielhaft auf einen Wirtschaftszweig — und zwar zweckmäßig auf die Industrie — beschränkt werden.

ABRECHNUNG IN DER PRIVATWIRTSCHAFT...

Die maßgebliche Zielsetzung für den Aussagewert des Rechnungswesens der privaten Unternehmungen ergibt sich aus der Tatsache, daß auch deren Tätigkeit in die volkswirtschaftliche Plankonzeption einbezogen und zum anderen Gegenstand der Besteuerung ist. Darüber hinaus wirkt sich die aus weltanschaulichen Gründen mißtrauische bzw. mißgünstige Einstellung der maßgeblichen Stellen gegenüber dem Privateigentum an Produktionsmitteln dahingehend aus, daß diese Kategorie von Betrieben einer umfassenderen rechnungstechnischen Überwachung durch außerbetriebliche Instanzen unterliegt als in der ihrer Gesellschaftsform adäquaten Marktwirtschaft.

Die Abrechnung der Privatwirtschaft hat im formellen keine grundlegende Umgestaltung erfahren. Der verbindlich geltende Einheitskontenrahmen (EKR, für Industrie: EKRI¹⁾ weicht von der früheren Schmalenbach'schen Systematik nicht mehr ab als etwa der heute in Westdeutschland verbreitete Gemeinschaftskontenrahmen industrieller Verbände (GKR); dennoch vollzieht sich die Abrechnung nach ihm in einzelnen Punkten unter veränderten Vorzeichen.

Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungsvorschriften aus der Vergangenheit besitzen heute nur noch eine sehr zweifelhafte Gültigkeit, da ihr materieller Inhalt eine den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßte Auslegung erfährt bzw. durch jüngere Einzelregelungen überholt ist. Der Wunsch, die betriebliche Reservebildung möglichst einzuschränken, führte zu folgenden Maßnahmen:²⁾

- a) Beseitigung der Bewertungsfreiheit unter Hervorkehrung fiskalischer Gesichtspunkte; Verwerfung des Niederwertprinzips;
- b) Ausweitung der Aktivierungspflicht;
- c) Einengung des Abschreibungsbegriffes auf die technische Abnutzung;
- d) Normung des Verschleißes der langlebigen Wirtschaftsgüter bei Unterstellung eines vom Anschaffungswert ausgehenden, linearen Werteverzehrs;
- e) Einengung des Kostenbegriffes, vor allem durch Fortfall aller kalkulatorischen Kosten;
- f) Nichtanerkennung von Rückstellungen.

... UND IN DER VOLKSEIGENEN WIRTSCHAFT

Die spezifischen Anforderungen an die betriebliche Abrechnung in der volkseigenen Wirtschaft, die hier am Beispiel der Industrie charakterisiert sind, entspringen folgenden ökonomischen Tatbeständen.

- a) Die Produktionsmittel sind gesellschaftliches Eigentum.
 - b) Die Steuerung der Vorgänge in der betrieblichen Sphäre erfolgt von einer gesamtwirtschaftlichen Zentralstelle aus mit Hilfe einer umfassenden Planung der Ziele für bestimmte Zeiträume und staatlicher Lenkungsmaßnahmen.
 - c) Der Aufbau und die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe werden größtenteils unmittelbar oder mittelbar — d. h. unter Einschaltung von Kreditinstituten — aus dem Staatshaushalt finanziert.
- Bei dieser Sachlage besteht zwangsläufig ein verstärktes volkswirtschaftliches Interesse am Rechenwerk der einzelnen Betriebe, das daher als ein Teil der Gesamtrechnung aufgezogen wird.³⁾ Der Aus-

¹⁾ Eingeführt durch AO vom 26. November 1948. In: „ZVOBI“, 1948, S. 564-580.

²⁾ Vgl. Willy Rumpf: „Die Finanzwirtschaft der DDR.“ In: „Deutsche Finanzwirtschaft“, 5. Jg., 2. Halbjahr 1951, S. 224.

³⁾ Günther Goll: „Über Begriffe des Rechnungswesens der volkseigenen Industriebetriebe.“ Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 20, Berlin 1955, S. 16.

sagewert der Zahlen muß so erweitert werden, daß er der Planungszentrale als Unterlage für zukünftige Entscheidungen dienen kann. Daraus erklären sich zum Teil die nachstehend aufgeführten Merkmale.

Das betriebliche Rechnungswesen wickelt sich zur Ermöglichung von Betriebsvergleichen nach verbindlichen Formvorschriften einheitlich ab. Es soll — den sozialistischen Wirtschaftslehren entsprechend — die Verwendung der Grund- und Umlaufmittel, den Produktions- und Zirkulationsprozeß mit den Wechselbeziehungen zwischen Produktion, Waren- und Geldzirkulation und außerdem die Selbstkosten der Produktion offenlegen.⁴⁾ Durch Gegenüberstellung von Istkosten der Istproduktion und Plankosten der Istproduktion hat es die Selbstkostenentwicklung und durch Vergleich von Plankosten der Istproduktion mit Plankosten der Planproduktion die Erfüllung der Produktionsauflagen aufzuzeigen. Die „Betriebsferne“ der übergeordneten Kontrollbehörden verlangt ein ausgebautes Berichtswesen. Die Rechenschaftspflicht ist so umfassend ausgestaltet, daß sie die Bemühungen um die Planrealisation im betrieblichen Bereich mobilisiert und jederzeit Eingriffe in das Ablaufgeschehen ermöglicht.⁵⁾ Die verwendungsdeterminierte Mittelausstattung der Betriebe führt zu einer Aufspaltung der in den Passiven steckenden abstrakten Vorrätigkeit in eine Vielzahl zweckgebundener, treuhänderisch überlassener Kapitalteilen. Anstelle der üblichen Kapitalrechnung finden wir eine komplizierte Fondsrechnung, die den Nachweis der Verfolgung des erwerbswirtschaftlichen Prinzips der Überschuf-erzielung mit dem der Beachtung des finanzwirtschaftlichen Deckungsprinzips in sich vereint. Die Kontrolle der plangerechten Nutzung vollzieht sich bei den für ein Planjahr feststehenden Fonds durch Beschlußfassung über ausnahmsweise — z. B. im Falle der Planrevision — notwendig werdende Veränderungen und bei den beweglichen Fonds über die laufende Verfolgung der eintretenden Abgänge bzw. Zuführungen.

Aufbau des neuen Kontenrahmens⁶⁾

| Kontenklasse | Inhalt ⁷⁾ | |
|--------------|--|--|
| 0 | Grundmittel (Anlagevermögen) | } <i>Bereitstellung der Mittel</i> |
| 1 | Materielle Umlaufmittel | |
| 2 | In Verrechnung befindliche Mittel | |
| 3 | Kostenarten | } <i>Erfassung, Verrechnung und Abrechnung der Kosten u. Leistung.</i> |
| 4 | Abrechnung des Selbstkostenplanes | |
| 5 | Abrechnung des Produktionsprozesses | |
| 6 | Abrechnung des Absatzplanes und des Eigenverbrauchs | |
| 7 | Abrechnung der Aufwendungen und ihrer Deckung — sonstige Erträge | |
| 8 | Ermittlung des Betriebsergebnisses (Zusammenfassung) | } <i>Schlußabrechnung</i> |
| 9 | Fonds (Finanzierungsquellen) | |

⁴⁾ Stichwort Rechnungswesen. In: „Lexikon A bis Z in einem Band“, Leipzig 1953, S. 823 f.

⁵⁾ Gerhard Opitz: „Über die Buchführung in den zentralgeleiteten volkseigenen Industriebetrieben.“ In: „Wirtschaftswissenschaft“, 1955, S. 489.

⁶⁾ Kontenrahmen 1955 der zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe der Industrie vom 15. 11. 1954. In: „ZBI der DDR“, 1954, S. 563-576.

⁷⁾ Vgl. auch Günther Geißler: „Einführung in den Kontenrahmen.“ In: „Das neue Rechnungswesen im Unterricht, Anleitung für die Berufsausbildung“, herausgeg. von der Regierung der DDR, Staatssekretariat für Berufsausbildung Berlin, Reihe 16: Allgemeine Schriften zur Berufsausbildung, Heft 13, S. 37 ff.

Die geschilderten Prinzipien haben zu einer völligen Umgestaltung der Kontenführung, Kosten- und Ergebnisrechnung sowie Bilanzierung geführt.

Kosten sind nach der herrschenden Auffassung „der Geldausdruck für die zur Herstellung einer Leistung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen verbrauchte vergegenständlichte und lebendige Arbeit“. ⁸⁾ Das für die Privatwirtschaft Gesagte gilt auch hier. Eine Gliederung der Kosten wird in der volkseigenen Industrie wie folgt vorgenommen:

- a) Nach der Art der Entstehung:
 1. Kosten durch den Verbrauch von vergegenständlichter Arbeit (Abschreibungen, Material usw.)
 2. Kosten durch den Verbrauch von lebendiger Arbeit (Löhne usw.);
 3. Kosten durch sonstige Geldausgaben.
- b) Nach dem Ort der Entstehung:
 1. Grundkosten;
 2. Gemeinkosten.
- c) Nach dem Zweck der Entstehung:
 1. Kosten für die Produktion;
 2. Kosten für die Zirkulation;
 3. Kosten für die gesellschaftliche Konsumtion.
- d) Nach der Zu- und Verrechnung im Prozeß der wirtschaftlichen Tätigkeit:
 1. Unterscheidung von Einzel- und Komplexkosten;
 2. Unterscheidung von direkt und indirekt zurechenbaren Kosten.
- e) Nach dem Verhältnis zum Steigen und Sinken des Produktionsvolumens:
 1. Mehr oder weniger proportionale Kosten;
 2. Mehr oder weniger konstante Kosten.

Kalkulation und Betriebsabrechnung fußen entgegen der üblichen Methodik in erster Linie nicht auf der Zurechenbarkeit der Kosten auf Kostenträger, sondern orientieren sich am Ort der Kostenentstehung. Als wesentlich für die Kennzeichnung der Besonderheiten erweisen sich daher vor allem die Definitionen für Grund- und Gemeinkosten. „Grundkosten sind Kosten, die ausschließlich bei der Durchführung des technologischen Prozesses in den produzierenden Einheiten entstehen und von ihnen unmittelbar beeinflußt werden“. „In einer produzierenden Abteilung, die brigadeweise abrechnet, können Grundkosten nur in den Brigaden anfallen“ (begriffliche Bindung an das kleinste Produktionskollektiv). — „Gemeinkosten sind Kosten, die sowohl in den produzierenden Einheiten als auch in den anderen Abteilungen des Betriebes für die Leitung, Planung, Versorgung, Kontrolle, Abrechnung, Verwaltung, Sicherung, Betreuung und den Absatz entstehen“. ⁹⁾

Das Kalkulationsschema bietet folgendes Bild: ¹⁰⁾

| |
|--|
| Grundkosten |
| Abteilungsgemeinkosten |
| Abteilungskosten |
| Betriebs- und andere Gemeinkosten |
| Produktionsselbstkosten |
| Absatzkosten |
| Gesamtselbstkosten |
| Gewinn |
| Betriebspreis |
| Produktionsabgabe (vom Produktionsbetrieb erhobener Haushaltsaufschlag, differenzierte Umsatzsteuer) |
| Industrieabgabepreis |

⁸⁾ „Grundsätze für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe — Industrie.“ Herausgegeben vom Entwicklungskollektiv des Ministeriums der Finanzen. Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 25, Berlin 1952, III/—/1.

⁹⁾ l. c., III/—/6.

¹⁰⁾ Nach der VO „über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe.“ In: „GBI der DDR“, 1955, Teil I, S. 722 (ergänzt).

Die Betriebsabrechnung erfolgt pyramidenförmig in vier Stufen von den Arbeitsaufträgen über die Brigade- und Abteilungsabrechnungen zur Abrechnung des Gesamtbetriebes auf 12 verschiedenen Vordrucken. Mit der etappenweisen Addition der Tätigkeit der Betriebsteile ergibt sich zugleich die Gesamtkalkulation der Erzeugnisse. Die Abrechnung der unvollendeten Produktion und des Ausschusses wird gesondert abgewickelt.

Der betriebliche Abschluß ist gegenüber einer normalen Bilanz und Ergebnisrechnung um zahlreiche statistische Analysen erweitert. Zur sog. Kontrollberichterstattung gehört auch der für die Sowjetwirtschaft charakteristische Nachweis der Haushaltsbeziehungen. Es bestehen: 1 Kontrollblatt über die Erfüllung des Finanzplanes, 8 Formblätter für Nachweise im Rahmen des Bilanzkreises und 6 weitere zur Ergebnisrechnung. — Auf die neuartige Handhabung kann hier leider nicht näher eingegangen werden. Lediglich die Hauptpositionen der Planbilanz seien noch angeführt:

Bilanz

| | |
|--|---|
| A. Grundmittel und abgezweigte Mittel | A. Eigene und ihnen gleichgestellte Fonds |
| B. Richtsatzgebundene Mittel | B. Kreditfonds |
| C. In Verrechnung befindliche Mittel | C. Fremde Fonds und Sonderfonds |
| D. Noch nicht fertiggestellte Investitionen und Generalreparaturen | D. Fonds für Investitionen und Generalreparaturen |
| Summe A—D | Summe A—D |

Bei den abgezweigten Mitteln handelt es sich um die bereits während der Planperiode erfolgte Gewinnverwendung (Korrekturposten zum ausweispflichtigen Bruttogewinn, hauptsächlich durch die Verrechnung von Abführungen als Ertragsbestandteile). Der Begriff „Richtsatz“ weist auf die Umlaufmittelnormung hin.

PROBLEME BEI DER WIEDERVEREINIGUNG

Angesichts der geschilderten Situation ergibt sich die Frage, was mit dem sowjetzonalen Rechnungswesen im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands geschehen müßte. Vorschläge hierüber lassen sich heute nur in sehr allgemeiner Form machen, da die Art und Weise der Restitution, über die ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament zu entscheiden hat, unbekannt ist und die Eignung bestimmter, die betriebliche Abrechnung betreffender Überleitungsmaßnahmen konkret nur im Zusammenhang mit der Neuregelung der Eigentumsverhältnisse diskutiert werden kann. Bei den folgenden Auslassungen handelt es sich lediglich um einige Gesichtspunkte, die dem Verfasser aus seiner persönlichen Beschäftigung mit der Materie beachtenswert erscheinen, wie immer sich auch die Verhältnisse gestalten mögen. Sie beziehen sich vornehmlich auf die volkseigene Wirtschaft. Es ist davon auszugehen, daß die betriebliche Abrechnung eine Reihe für die Sowjetwirtschaft systemtypischer Merkmale aufweist, nach ihrem heutigen Stand zu umfangreich ist und individuelle Belange nur ungenügend berücksichtigt. Sie kann daher grundsätzlich nicht in der übernommenen Form bestehen bleiben. Andererseits tritt die Dringlichkeit ihrer Umstellung hinter der anderer Probleme (z. B. Beseiti-

gung der kommunistisch beeinflussten Staatsgewerkschaft und des von ihr vertretenen Arbeitsrechts) zurück. Mit einer Beibehaltung der derzeitigen Abrechnung während einer Übergangsperiode wären keine unzumutbaren sozialen Bedingungen verknüpft, und es würde ein Abrechnungschaos in einer Zeit vermieden, in der das Vorliegen von zutreffenden Unterlagen über die vorhandenen Werte und ihr weiteres Schicksal von besonderer Bedeutung sein dürfte. — Sinnvolle Wertansätze in einer die Kontinuität durchbrechenden DM-West-Eröffnungsbilanz können ohnehin erst ermittelt werden, wenn sich der Grad der Einsatz- und Ertragsfähigkeit der betrieblichen Einrichtungen unter den neuen Marktbedingungen annähernd abschätzen läßt. Dazu gehört beispielsweise auch die Ersetzung des Planpreissystems durch Ausgleichspreise.

Die schrittweise Umstellung der Buchführung muß beim Kontenrahmen als dem grundlegenden Organisationsplan einsetzen. Zwischen den marxistischen Kontenplänen und den für die Zukunft vorgesehenen ist durch Ausarbeitung von Kontenbrücken eine Verbindung herzustellen. Dabei sollte ernsthaft überlegt

werden, inwieweit unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten auf branchenweise Vereinheitlichung als Voraussetzung zukünftiger Betriebsvergleiche hinzuwirken wäre. — Die kalkulatorische Buchhaltung sollte vor ihrer Umwandlung auf brauchbare Bestandteile (z. B. Plankostenrechnung usw.) untersucht werden, die eventuell eine Verfeinerung üblicher Verfahrensweisen darstellen. Entscheidet man sich für eine Kostenstellenrechnung alten Stils, so hätte deren Einrichtung zweckmäßig in Verbindung mit der Neugestaltung der betrieblichen Organisationsstruktur zu erfolgen. Die bisher verwandten Bezugsgrundlagen für die Ermittlung von Schlüsselkosten müßten auf ihre art- und intensitätsmäßige Eignung hin untersucht werden.

Mit der Herauslösung der betrieblichen Abrechnung aus der starren, von der Produktionsauflage her entwickelten zentralen Planung und in finanzieller Hinsicht aus dem Staatshaushalt würde die Fondsrechnung in ihrer bestehenden Ausprägung gegenstandslos. Immerhin dürfte die Kapitalnot der Wirtschaft ein solches Rechnungswesen erfordern, das möglichen Kreditgebern ausreichende Einblicke gewährt.

Der „sozialistische“ Wettbewerb des Ostens

Von einem Korrespondenten

Der Wettbewerb der Unternehmungen des Westens um die größtmögliche Rentabilität gilt bei den Kommunisten als antiquiert und schädlich. Statt seiner soll der Dirigismus der staatlichen Planbürokratie bestimmen, welche Betriebe sich entwickeln dürfen und welche nicht. Dennoch ist im Osten in den Betrieben, in der Presse und im Rundfunk ständig vom Wettbewerb die Rede. Dieser „sozialistische“ Wettbewerb des Ostens wird bei uns gern als propagandistisch verbrämte Verschärfung der Ausbeutung abgetan. Dieses Urteil ist zutreffend, aber einseitig; gewiß ist der „sozialistische Wettbewerb“ ein Mittel der propagandistischen Beeinflussung der Arbeiter und eine Form der Antreiberei, zugleich fördert er jedoch die Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem ernstzunehmenden Ausmaß.

SOWJETISCHE ARBEITSTHEORIEN

Die Arbeitsproduktivität eines Arbeiters, einer Gruppe von Arbeitern, eines Betriebes oder einer Volkswirtschaft bemißt sich nach sowjetischer Definition nach der Menge der Produkte je Arbeiter und Zeiteinheit. Sie wächst an, wenn die manuelle Arbeit ab- und die maschinelle Arbeit zunimmt. Deshalb bemüht man sich — in allen modernen Industriestaaten und nicht nur in der Sowjetunion — um die Vervollkommnung der Technik und um die Mechanisierung der Produktion. Diesen Bemühungen ist es dienlich, wenn sich die beruflichen Fähigkeiten der Arbeiter denen der Techniker und Ingenieure annähern. Wenn es nun gelänge, so folgert man im Osten, alle Arbeiter bestens zu schulen und zu einem Maximum von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen zu veranlas-

sen, müßte die Arbeitsproduktivität im Osten rascher ansteigen als im Westen — und die prinzipielle technische Überlegenheit des Ostens wäre bewiesen!

Man unterstellt dabei im Osten, daß die Rationalisierung des Westens auf der „übermäßigen Intensivierung der Arbeit“ beruhe, die „den Arbeiter auszehre“ und sein Interesse an der Arbeit lähme, während sich im Osten die „schöpferische Initiative der Werktätigen frei entfalte“. Beide Unterstellungen sind Halbwahrheiten. Wohl wurden zu Marx' Zeiten die Arbeiter überall heftigst ausgebeutet, und in wenig entwickelten Ländern ist es noch heute so; in der sozialen Marktwirtschaft der modernen Industriestaaten stehen sich Kapital und Arbeit dagegen nicht mehr als feindliche Klassen gegenüber, sondern sind Partner ein- und desselben Sozialgefüges geworden.

Die andere Halbwahrheit ist die sowjetische Behauptung von der „freien Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen“ im Osten. In der Tat hat die herrschende Schicht der Staats- und Betriebsfunktionäre, der Techniker und der Halbintelligenz vielfach die Möglichkeit, sich beruflich zu entfalten — bei gleichzeitiger straffer politischer Gängelung. Die Angehörigen dieser Schicht hätten allerdings alle Veranlassung, von dieser fachlichen Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen, da sie relativ gut bezahlt werden und ihre Leistungen dazu beitragen könnten, das Regime zu festigen, dem sie ihre Positionen verdanken; dennoch ziehen es viele Angehörige der herrschenden Schicht vor, ihre Stellungen durch parteipolitische Ergebnisse zu sichern, und leisten beruflich sehr wenig. Nicht anders verhalten sich in den östlichen Ländern die einfachen Arbeiter und Angestellten. Sie sind an Bestleistungen und an der Steigerung der Arbeitsproduktivität direkt nur dann interessiert, wenn sie glauben, auf diesem Wege zur privilegierten Schicht der Funktionäre aufsteigen zu können. Im Normalfall bleiben sie jedoch Passivisten.

Diese Schwäche des Sowjetsystems erkannte Lenin bereits 1921. Er erklärte, die Dutzende und aber Dutzende von Millionen Menschen würden nicht auf Grund des Enthusiasmus allein zu hohen Leistungen angespornt werden können,